



«Entwicklungspolitischer Wahlcheck 2013»

- ein Projekt des EPN Hessen zur Hessischen Landtagswahl am 22. September 2013

Das Entwicklungspolitische Netzwerk Hessen e.V. (EPN Hessen) vertritt die Interessen und Anliegen der hessischen entwicklungspolitischen Gruppen, Initiativen, Vereine, kirchlichen Arbeitsstellen und größerer Nichtregierungsorganisationen (NRO).

Zur hessischen Landtagswahl stellt EPN Hessen den «*Entwicklungspolitischen Wahlcheck 2013*» vor: Die antretenden Parteien und KandidatInnen bekommen darin Gelegenheit, sich zu globalen Fragen und entwicklungspolitischen Themen zu positionieren. EPN Hessen stellt anschließend die Antworten der Parteien bzw. der KandidatInnen der Öffentlichkeit vor. Wir bitten daher, den Wahlcheck bis zum 09. August unter **info@epn-hessen.de** oder **postalisch** an die Geschäftsstelle des Netzwerks zurückzusenden und bedanken uns für ihre Teilnahme.

Entwicklungspolitisches Netzwerk EPN Hessen e.V.
Vilbeler Str. 36, 60313 Frankfurt
Tel. 069 / 913 95 170, Fax: 069 / 976 986 70

info@epn-hessen.de
www.epn-hessen.de

Die Themen im Überblick

- I. Strukturelle Förderung der Eine Welt-Arbeit in Hessen und ihrer Vernetzung im Entwicklungspolitischen Netzwerk Hessen e.V. (EPN Hessen)
- II. Erhöhung der Haushaltsmittel für das entwicklungspolitische Engagement der Zivilgesellschaft
- III. Stärkung von Belangen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und des Globalen Lernens in der hessischen Bildungspolitik im Sinne der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“
- IV. Kohärenz der Nord-Süd-Entwicklungspolitik und global nachhaltige Entwicklung als Querschnittsaufgabe
- V. Einrichtung eines entwicklungspolitischen Beirats in Hessen
- VI. Unterstützung kommunaler und regionaler Entwicklungszusammenarbeit in Hessen und Förderung des Agenda 21-Prozesses
- VII. Berücksichtigung entwicklungspolitischer Kriterien im Beschaffungswesen der hessischen Landesregierung
- VIII. Stärkerer Einsatz Hessens auf Bundes- und Europaebene für die Entwicklungspolitik
- IX. Stärkere Vernetzung zwischen Klimaschutz und Entwicklungsprojekten als Beitrag zu globaler Gerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung
- X. Migration, Integration und Asyl in Hessen

Zu den Fragen im Einzelnen

I. STRUKTURELLE FÖRDERUNG DER EINE WELT-ARBEIT IN HESSEN UND IHRER VERNETZUNG IM ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN NETZWERK HESSEN E.V. (EPN HESSEN)

Die nicht-staatliche Eine Welt-Arbeit, wie sie im Entwicklungspolitischen Netzwerk Hessen angelegt ist, benötigt neben der Projektförderung unbedingt auch projektungebundene strukturelle Förderung, um Inhalte wie Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements bedarfsorientiert und nachhaltig weiter zu entwickeln. Es braucht starke zivilgesellschaftliche Netzwerke, die globale Themen fachlich kompetent und dauerhaft begleiten, Bewusstsein schaffen, beratend und qualifizierend tätig sind. Die Beratungs- und Projektarbeit des EPN Hessen und der landesweit aktiven Eine Welt-PromotorInnen ermöglichen dabei eine verlässliche Unterstützung der Initiativen vor Ort.

<http://www.epn-hessen.de/netzwerk/promotorinnenprogramm>

Frage 1:

Werden Sie sich für die strukturelle projektungebundene Förderung der Beratungs-, Qualifizierungs- und Vernetzungsarbeit des EPN Hessen als Eine Welt Landesnetzwerk und seines Eine Welt-PromotorInnenprogramms einsetzen?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

Die FDP wird sich für die Gründung einer entwicklungspolitischen Stiftung zur Konzentration aller Fördermittel im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit in Hessen einsetzen. Die Gründung dieser Stiftung muss in enger Abstimmung mit dem Entwicklungspolitischen Netzwerk und den großen NGO-Stiftungen in Hessen erfolgen.

II. ERHÖHUNG DER HAUSHALTSMITTEL FÜR DAS ENTWICKLUNGSPOLITISCHE ENGAGEMENT DER ZIVILGESELLSCHAFT

1970 versprachen die Industriestaaten vor der UN-Vollversammlung mindestens 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungshilfe aufzuwenden, was unserer Auffassung nach auch die Bundesländer in die Pflicht nimmt. Der Anteil der deutschen Entwicklungsausgaben am BNE lag für den Bund 2012 bei 0,38 Prozent („ODA-Quote“), ein erneuter Rückgang gegenüber 2011. Für Hessen lag der ODA Anteil am BIP 2011 bei 0,029%, wobei sich der Löwenanteil aus kalkulatorischen Kosten für Studienplätze ausländischer Studierender errechnet. Die zivilgesellschaftliche Bildungs- und Projektarbeit erhielt ganze 0,00011% der ODA-Mittel, bei denen überdies der Anteil des Landes jeweils nur max. 40% der Gesamtkosten deckt. Angesichts dieses überdeutlichen Nachholbedarfs, möchten wir von Ihnen wissen:

Frage 2a:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Hessen die Forderung der UNO und des Europäischen Rats umsetzt, 0,7% des BNE für entwicklungspolitische Aktivitäten zur Verfügung zu stellen?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

Das 0,7 % - Ziel für entwicklungspolitische Aktivitäten betrifft eine Verpflichtung des Bundes und der Länder gemeinsam. Die FDP Landtagsfraktion wird sich dafür einsetzen, dass die Landesregierung auf Bundesebene die Bundesregierung unterstützt, das 0,7 % -Ziel entsprechend in den nächsten Jahren sicherzustellen.

Zivilgesellschaftliche Eine Welt-Arbeit ist geprägt von Vielfalt, großem Engagement und Sachverstand, Verantwortungsgefühl und hoher persönlicher wie politischer Verbindlichkeit. Dank dieser Charakteristika können staatliche

Gelder und vorhandene Ressourcen hocheffektiv im Sinne global gerechter Entwicklung eingesetzt werden. 2013 wurde der Haushaltstitel des Landes für die Bildungs- und Projektarbeit von Nichtregierungsorganisationen deutlich überzeichnet, viele Projekte konnten nicht ausreichend gefördert werden.

Frage 2b:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, diese Haushaltsmittel zur Förderung der zivilgesellschaftlichen Projekt- und Bildungsarbeit im nächsten Haushalt mindestens auf das Niveau von 2003 (534.000 Euro) anzuheben?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

Die FDP Landtagsfraktion wird eine Ausweitung der Förderung der zivilgesellschaftlichen Projekte und Bildungsarbeit im nächsten Haushalt im Rahmen der dann zu gründenden Stiftung in Hessen prüfen und vorbehaltlich der Entwicklung des Landeshaushaltes auch unterstützen.

III. STÄRKUNG VON BELANGEN DES GLOBALEN LERNENS UND DER ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN BILDUNGSARBEIT ALS BEITRAG ZUR UN-DEKADE „BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG“ UND DARÜBER HINAUS

Die Hessische Landesregierung hat sich mit einem Kabinettsbeschluss vom 12.12.2005 dazu verpflichtet, sich aktiv und ressortübergreifend an der UN-Weltdekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" zu beteiligen.

Zahlreiche entwicklungspolitische Initiativen und NRO bereichern sowohl Hessens Schulalltag als auch die außerschulische Fort- und Weiterbildung mit anspruchsvollen Angeboten Globalen Lernens. Hessen hat sich mit der Orientierung an Kerncurricula und dem Leitbild der selbstständigen Schule

prinzipiell weiter für das problemorientierte, fachübergreifende Lernen geöffnet. Damit entwicklungspolitische Bildungsangebote nun besser dazu beitragen können, dass Menschen in Hessen global bewegt und kompetenzorientiert lernen, braucht es konkrete Ansätze sowie die Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements.

Frage 3:

Unterstützen Sie die Forderungen, das Konzept einer „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (UN-Dekade) gemäß des 2007 von der Kultusministerkonferenz und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vorgestellten „Orientierungsrahmen Globale Entwicklung“ in Hessen in allen Schulformen umzusetzen, es in die Ausbildung der Lehrkräfte zu integrieren sowie entwicklungspolitische Themen stärker in die Aus- und Fortbildungspläne der Fachhochschulen für die Angehörigen des Öffentlichen Dienstes aufzunehmen?

X JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

IV. KOHÄRENZ DER NORD-SÜD-ENTWICKLUNGSPOLITIK UND VERANKERUNG VON ENTWICKLUNGSPOLITIK ALS QUERSCHNITTAUFGABE

Die über 90 Mitgliedsorganisationen des EPN Hessen fordern die konsequente Beachtung entwicklungspolitischer Grundprinzipien bei allen politischen Entscheidungen des Landes. Dazu gehört die stärkere Abstimmung und Transparenz aller Politikfelder, insbesondere jedoch Wirtschaft, Bildung, Umwelt, Kultur, Migration und Integration sowie die Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Expertise.

Bislang finden weder regelmäßige Berichterstattung durch die Landesregierung noch eine Debatte im Hessischen Landtag über die entwicklungspolitischen Auswirkungen der Landespolitik und den Einsatz der ODA-Mittel des Landes statt.

Frage 4:

Setzt sich Ihre Fraktion dafür ein, dass Hessens Entwicklungspolitik kohärenter wird sowie regelmäßig Monitoring und Berichterstattung stattfinden?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

Im Rahmen der geplanten Gründung einer Landesstiftung wird dieses Thema stärker in den Mittelpunkt der hessischen Politik gerückt.

V. EINRICHTUNG EINES ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN BEIRATS IN HESSEN

Hessens entwicklungspolitisches Engagement wird von staatlichen wie nicht-staatlichen AkteurInnen getragen und verdient breites öffentliches Interesse. Um die vielfältigen Formen der Zusammenarbeit zu fördern und stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, befürwortet EPN Hessen die Einrichtung eines entwicklungspolitischen Beirates für die Landesregierung sowie die partizipative und öffentlich kommunizierte Erarbeitung entwicklungspolitischer Leitlinien/ Grundsätze des Landes.

Frage 5a:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen nach Einrichtung eines entwicklungspolitischen Landesbeirates, dem neben VertreterInnen der politischen Parteien auch VertreterInnen des zivilgesellschaftlichen Eine Welt-Landesnetzwerks und der universitären Entwicklungsforschung angehören?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

Antwort auf die Fragen 5-7:

Die Strukturen einer entsprechenden Landesstiftung sollen durch einen Fachbeirat ergänzt werden.

Eine Landesstiftung wird die Frage der Einbindung der verschiedener Stellen entsprechend bearbeiten und hier gegebenenfalls Schwerpunkte setzen können.

Eine Änderung der hessischen Gemeindeordnung ist hierfür nicht notwendig. Im Rahmen einer Landesstiftung sollen diese Ziele gefördert werden.

Frage 5a:

Unterstützen Sie die partizipative Erarbeitung entwicklungspolitischer Grundsätze in einem öffentlichen Prozess unter Beteiligung der Zivilgesellschaft?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

VI. UNTERSTÜTZUNG KOMMUNALER UND REGIONALER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT IN HESSEN

Kommunen sind wichtige Akteurinnen in der Entwicklungszusammenarbeit: Von Städtepartnerschaften, lokaler Wirtschaft oder kommunaler Beschaffung bis hin zu immer mehr hessischen Fair-Trade-Towns: Globales Lernen und Handeln findet oft in diesen lokalen Räumen statt. Dazu brauchen die Kommunen rechtliche Sicherheit und finanzielle Ressourcen.

Frage 6a: Global denken – lokal handeln

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die Hessische Gemeindeordnung so zu ändern, dass

a) das Engagement kommunaler Stellen zum Thema Entwicklungszusammenarbeit durch das Land Hessen gefördert und eine Haushaltsstelle für kommunale Entwicklungszusammenarbeit (EZ) im Hessischen Landeshaushalt eingerichtet wird?

b) kommunale entwicklungspolitische Beauftragte ernannt werden können?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

VII. UNTERSTÜTZUNG GLOBALER ENTWICKLUNGS- UND NACHHALTIGKEITSZIELE UND LOKALER AGENDA-21 PROZESSE

Mit dem Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro wurde die Bedeutung lokaler Politikgestaltung für eine global nachhaltige und gerechte Entwicklung endgültig anerkannt und die **Agenda 21** als Umsetzungsprozess beschlossen. Mit der **Millenniumserklärung** der Vereinten Nationen von 2000 definierte acht Entwicklungsziele (MDGs), die bis 2015 erreicht werden sollten: Hungerbekämpfung, Bildung für alle Kinder, die Gleichstellung der Geschlechter, die Verbesserung der Gesundheit von Müttern und Kindern, die Bekämpfung von HIV/Aids sowie anderen Krankheiten, ökologische Nachhaltigkeit, Entwicklungspartnerschaft zwischen armen und reichen Ländern. Auf allen

Ebenen verpflichteten sich Politik wie zivilgesellschaftliche Organisationen zur Erfüllung der Millenniumsentwicklungsziele.

Aktuell wird unter dem Stichwort **Post-2015 Agenda** auf UN-Ebene an der Formulierung globaler **Nachhaltigkeitsziele** (Sustainable Development Goals/SDGs) gearbeitet, welche als verbindliche Zielsetzungen für Norden wie Süden gelten sollen. Deren Erfolg wird jedoch weiterhin massiv von ihrer lokalen Verankerung und Umsetzung abhängen.

Frage 7:

Setzen Sie sich dafür ein, dass der Agenda 21-Prozess sowie globale Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele (MDGs + SGDs) durch die hessische Landesregierung und in den hessischen Kommunen gefördert werden?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

VIII. BERÜCKSICHTIGUNG ENTWICKLUNGSPOLITISCHER KRITERIEN IM BESCHAFFUNGSWESEN DER HESSISCHEN LANDESREGIERUNG

Das Bundesland Hessen hat im Rahmen seiner Nachhaltigkeitsstrategie eine "nachhaltige und faire Beschaffung" als Ziel formuliert. 2013 hat das Land aber ein neues Vergabegesetz erlassen, das die Umsetzung dieser Selbstverpflichtung nur begrenzt ermöglicht.

Frage 8:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die hessische Landesregierung möge einen allgemeingültigen und rechtsverbindlichen Rahmen unter Einbeziehung der ILO-Kernarbeitsnormen bereit stellen (Novellierung des aktuellen Vergabegesetzes von 2013), der es den Landesinstitutionen und den Kommunen rechtlich gesichert ermöglicht, in der öffentlichen Beschaffung fair und nachhaltig produzierte und gehandelte Waren, z.B. durch Berücksichtigung der ILO Kernarbeitsnormen, einzukaufen und einzusetzen? Wären Sie darüber hinaus bereit, notwendige Beratungs- und Unterstützungsleistungen bereit zu stellen?

JA NEIN

WENN JA, WIE? _ WENN NEIN, WARUM NICHT?

Die Novelle des hessischen Vergaberechts ist von der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen in dieser Wahlperiode abgeschlossen worden. Weitere Veränderungen sind vorerst nicht beabsichtigt.

IX. STÄRKERER EINSATZ HESSENS AUF BUNDES- UND EUROPAEBENE FÜR DIE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Die BRD hat den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (UN-Zivilpakt), den UN-Sozialpakt und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte unterzeichnet. Daraus ergibt sich unserer Ansicht nach ebenfalls eine Verantwortung für die einzelnen Bundesländer, sich der Umsetzung der Erklärungen zu verpflichten und entsprechend zu handeln.

Frage 9:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen an die Hessische Landesregierung, im Sinne einer Regierungsführung der globalen

Verantwortung Initiativen auf EU- und Bundesebene zu folgenden Themen zu initiieren bzw. mitzutragen?

Bei Frage 9 weisen wir auf den eindeutigen bundespolitischen Bezug hin und verzichten daher auf deren Beantwortung.

- a. Einführung der sozialen Mindeststandards der ILO von 1998 sowie von Umweltstandards im Welthandel

JA NEIN

a. Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

- b. Entwicklung eines „Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte“ nach Vorgabe der vom UN-Menschenrechtsrat 2011 einstimmig angenommenen „UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“

JA NEIN

b. Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

- c. Abschaffung von Exportsubventionen und Schutz regionaler Märkte, Förderung nachhaltiger regionaler Agrarproduktion

JA NEIN

c. Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

- d. Einführung demokratischer Strukturen in der „Global Governance“ und umfassende Verankerung der Menschenrechte in den Leitlinien und der operativen Arbeit von WTO, IWF, Weltbank und weiterer internationaler Institutionen

JA NEIN

d. Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

- e. Umfassende Schuldenstreichung für Länder des Südens in Verbindung mit Maßnahmen, die eine nachhaltige und eigenständige Entwicklung gewährleisten

JA NEIN

e. Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

- f. Verbot von Rüstungsexporten in Länder, welche diese Waffen gegen ihre eigene Bevölkerung anwenden könnten, wie dies auch auf die Leopard II-Panzer zutrifft, die in Kassel produziert werden. Besonderes Augenmerk

ist dabei auf den möglichen Export von Kleinwaffen und Dual-Use-Produkten sowie entsprechende Lizenzen zu richten.

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

X. STÄRKERE VERNETZUNG ZWISCHEN KLIMASCHUTZ UND ENTWICKLUNGSPROJEKTEN ALS BEITRAG ZU GLOBALER GERECHTIGKEIT UND NACHHALTIGER ENTWICKLUNG

Die entwicklungspolitischen Herausforderungen sind in den letzten Jahren zunehmend komplexer geworden. Die bisherige **Wachstumsorientierung** als Entwicklungsmaßstab muss angesichts **klimabedingter Katastrophen** und sozialer Verwerfungen in Industrie-, Schwellen- und „Entwicklungsländern“ grundlegend in Frage gestellt werden. An deren Stelle müssen Kriterien gestellt werden, die Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung miteinander verbinden. Entwicklungspolitik muss als Strukturpolitik zu globaler sozial-ökologischer Transformation beitragen und die MDGs zu globalen Nachhaltigkeitszielen weiterentwickelt werden.

Frage 10:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die hessische Landesregierung möge

- a. verstärkt solche Projekte unterstützen, die Klimaschutz, globale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung verbinden?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

Wirksamkeit und Effizienz in der Entwicklungszusammenarbeit erfordern regional differenzierte und länderspezifische Strategien der Kooperation mit unseren Partnerländern sowie die Umsetzung integrierter Entwicklungskonzepte, vor allem in den Bereichen Bildung, ländliche Entwicklung, Wirtschaft, Umwelt, Gesundheit und soziale Sicherung.

- b. mit konkreten Projekten die Förderung der Informations- und Sensibilisierungsarbeit, die globalen und lokalen Zusammenhänge zwischen Klimaschutz, Energiegerechtigkeit, sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung deutlich machen?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

XI. MIGRATION, INTEGRATION UND ASYL IN HESSEN

In Hessen leben Menschen aus 195 Nationen. Zu ihnen zählen MigrantInnen, Flüchtlinge, temporär hier lebende StudentInnen und Arbeitskräfte. Sie alle tragen dazu bei, die Vielfalt und Offenheit, den Austausch von Gedanken, Erfahrungen, Werten und Ideen – und damit die Entwicklung in Hessen – zu fördern. Gleichzeitig tragen Sie vielfach zur Entwicklung in ihren Herkunftsländern bei. MigrantInnen überweisen jährlich ein Vielfaches der offiziell im Rahmen der weltweiten staatlichen Entwicklungshilfe fließenden Gelder in Form von Rücküberweisungen an ihre Angehörigen. Migrantisch-

diasporische Vereine und Organisationen (MDO) engagieren sich sowohl in der Projektarbeit im globalen Süden als auch in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit hier. Die Forderung nach Integration muss beinhalten, dass auch die deutsche Mehrheitsgesellschaft lernen muss, sich in verändernden gesellschaftlichen Verhältnissen zurecht zu finden, darin zukunftsgerichtet, offen und solidarisch zu handeln und rassistische Zuschreibungen zurückzuweisen.

EPN Hessen tritt dafür ein, dass gleiche Rechte und Teilhabemöglichkeiten nicht von der Herkunft eines Menschen abhängig gemacht werden und fordert eine Landespolitik, die ernsthaft dazu beiträgt, Diskriminierungen und Vorurteilen vorzubeugen bzw. abzubauen.

Frage 11a:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die hessische Landesregierung möge

- a. alles tun, damit MigrantInnen in Hessen zukünftig bezogen auf Verteilungsgerechtigkeit, Sicherstellung äquivalenter wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Teilhabe die gleichen Chancen und Möglichkeiten erhalten, wie Mitglieder der deutschen Mehrheitsgesellschaft?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

Die FDP Hessen wird den bisherigen, erfolgreichen Kurs in der Integrationspolitik weiter fortsetzen und legt dabei die Schwerpunkte auf sprachliche, arbeitsmarktpolitische und staatsbürgerliche Integration.

- b. allen Formen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft, in Behörden und Institutionen, in der Schule und im Arbeitsleben aktiv entgegen treten sowie eine stabile und ausreichende

Finanzierung von zivilgesellschaftlichen Projekten und Strukturen zum Abbau rassistischer Stereotype zur Unterstützung von Opfern rechtsextremer Gewalt zu gewährleisten?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

Eine Kultur der Toleranz und des wechselseitigen Respekts ist Voraussetzung für eine gelungene Integration und den Abbau von Vorurteilen und Diskriminierung. Wir setzen hierzu verstärkt auf die Menschen mit Migrationshintergrund, etwa bei der Einstellung von Bewerbern im öffentlichen Dienst, jedoch auch durch eine gezielte Förderung von Teilhabemöglichkeiten in zivilgesellschaftlichen Vereinen oder den ehrenamtlichen Strukturen in Hessen.

- c. MigrantInnen und Diasporaorganisationen in Entscheidungsprozesse zu entwicklungspolitischen Fragen einbezogen werden und so ihre Expertise und Sicht auf Handelsbeziehungen, verantwortliches Unternehmertum und Demokratieförderung einbringen können?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

Diese Forderungen werden im Rahmen von Regierungsarbeit und Gesetzgebung bereits durch umfassende Einbindung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessens (AGAH) und weiterer Organisationen, soweit sie von Gesetzen oder Maßnahmen betroffen sind, bereits umgesetzt. An dieser Form der vertrauensvollen Zusammenarbeit wollen wir festhalten und sie ggf. ausbauen.

Kriege, Armut und Flüchtlinge sind täglicher Teil der globalisierten Weltgesellschaft. Die individuellen Gründe für Flucht und Asyl liegen z.B. im Fehlen eigener Perspektiven, in den Unterschieden zwischen reich und arm, in Krieg oder Verfolgung. Von den weltweit rund 43 Millionen Flüchtlingen sucht nur ein geringer Teil Schutz in Europa. Menschen, die auf der Flucht sind oder Asyl suchen, gebührt ein besonderer rechtlicher und gesellschaftlicher Schutz und eine menschenwürdige Aufnahme.

Frage 11b:

Sind Sie bereit sich dafür einzusetzen,

a. dass der durch die hessische Verfassung und das Grundgesetz garantierte Schutz (Unverletzlichkeit der Person und der Familie, Recht auf Freizügigkeit) auch für Asylsuchende gilt, dies schließt die kostenfreie unabhängige Rechtberatung und die Abschaffung des Flughafenverfahrens ein. Insbesondere Minderjährige und kranke Menschen dürfen nicht abgeschoben und Familientrennungen müssen künftig verhindert werden.

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

Speziell minderjährige Flüchtlinge genießen in Hessen bereits einen vorbildlichen und weitreichenden Schutz. Die bereits gute Situation soll durch weitere Maßnahmen auf Bundesebene zugunsten von Flüchtlingen und Asylsuchenden weiter ausgebaut und verbessert werden.

b. dass die Integrationsmöglichkeiten von Asylsuchenden in unserer Gesellschaft gestärkt und gefördert werden, insbesondere in der schulischen und beruflichen Ausbildung Jugendlicher sowie grundsätzlich bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit auch vor Abschluss des Asylverfahrens?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

Auch hier ist Hessen in wesentlichen Punkten bereits vorangegangen. Als eines der ersten Bundesländer haben wir in Hessen auch für Kinder ohne rechtmäßigen Aufenthaltstitel, die im entsprechenden Alter sind, die Schulpflicht umgesetzt, damit Kinder nicht allein aufgrund ihres Aufenthaltsstatus Bildungsnachteile erleiden. Die Residenzpflicht haben wir in Hessen abgeschafft. Dass auch Asylsuchende und humanitäre Flüchtlinge berechtigt sein sollen, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit selbst zu bestreiten, ist eine Forderung der FDP im Bürgerprogramm 2013.

Diese Fragen wurden beantwortet von:

CDU Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

SPD FDP

DIE LINKE Die Piraten

.....
Name

.....
Funktion

.....
Anschrift

.....
und E-Mail

.....
Ort/Datum

.....
Unterschrift